

Gute Zeiten, um Wissen zu feiern!

Die Notwendigkeit wissenschaftlicher Politikberatung und ihre Grenzen

| KARL-RUDOLF KORTE | **Nicht nur in Krisenzeiten ist die Politik auf wissenschaftliche Expertise angewiesen. Doch die Rationalität der politischen Akteure und die wissenschaftliche Rationalität unterscheiden sich. Dies hat Konsequenzen für das gegenseitige Verständnis.**

Welch ein Hochfest für das Bundesministerium für Bildung und Forschung! Polykrisen machen das Ministerium zum Königsressort. Denn welche neue Krisenzäsur wäre ohne Wissen zu bewältigen? Das Wissenschaftsministerium hält das zentrale Instrument für jede Denkwende bereit: Nur mit mehr Wissen und mehr Wissenschaft können wir Lösungen für globale Krisenmomente finden. Die „Epistemisierung des Politischen“ (Alexander Bogner) bahnt die Macht des Wissens in der Demokratie. Wer könnte in dieser Zeit an so einem BMBF-Schlüsselressort vorbei regieren?

Die politische Realität sieht leider anders aus. Die Bürgerinnen und Bürger gewinnen nicht den Eindruck, dass Vorfahrt für mehr Wissen und Wissenschaft vom Berliner Wissenschaftsministerium ausgeht. Mehr Reputation räumen die anderen Ressorts der Kollegin nicht ein – und das, obwohl es spätestens seit dem „virologischen Imperativ“ der Coronazeit unverkennbar ist, dass wissenschaftliche Expertise konkret auch Leben gerettet

hat. Lösungen brauchen ganz offensichtlich einen epistemischen Schub.

Wissen kann eine Resilienz ermöglichende Ressource sein, mit der sich im Kontext von Politikberatung idealerweise das Politikmanagement wappnet. Das gilt im Hinblick auf Wissensressourcen, aber auch auf den gewandelten Stellenwert des Wissens: den Konjunk-

»Demokratie kennt keine politische Entscheidungskraft und keine politische Autorität kraft Wissens.«

turen des Verdachts, der Pluralisierung von Wahrheiten und der Herrschaft des Irrationalen. Und diese Irrationalität im Gewande von Verschwörungsfantasien und Falschnachrichten breitet sich aus. Die demokratische Öffentlichkeit leidet darunter, weil Wahrheitsgehalt, Angemessenheit, Geltungsansprüche nicht mehr arbeitsteilig geprüft werden. Der Wahrheitsmarkt erscheint dereguliert. Die digitale Logik des Binären treibt das Denken in Schwarz-Weiß-Kategorien voran. Keine Kompromisse, keine Zwischentöne, keine Differenzierungen finden in dieser Dramaturgie Wiederhall.

Fakten in der Politik

Die Wissensgesellschaft scheint dennoch im Lichte einer Wissenschaftsgesellschaft. Beide Sphären, des Wissensbedarfs und der Leugnung, existieren nebeneinander. Selten wurde der Stellenwert von Forschung höher eingestuft als in der Hochphase des Lockdowns.

Das galt zumindest für einen disziplinären Ausschnitt der Wissenschaft. Politik stützte sich sichtbar auf wissenschaftliche Erkenntnisse. Heute wiederholt sich das in den Nachfragen nach militärischer Expertise und zur Klimakrise.

Doch Wissenschaft liefert weder einfache Wahrheiten noch ewig währende. Sie liefert immer nur Fakten, sehr selten Entscheidungen für die Politik. Und diese Fakten haben eine begrenzte Gültigkeit. Demokratie kennt keine politische Entscheidungskraft und keine politische Autorität kraft Wissens. Die Angewiesenheit auf Fachwissen bedeutet nicht, dass alle zu treffenden Maßnahmen einem wissenschaftlichen Imperativ zu folgen hätten. Die informierte, durch wissenschaftliches Wissen untermauerte Entscheidung ist nie alternativlos.

Denn wissenschaftliche Erkenntnisse sind grundlegend, vorläufig, und es ist erforderlich, sich immer auch mit der Vermittlung ihrer Grenzen auseinanderzusetzen. Sie sind rational, bauen auf Fakten auf und sind evidenzbasiert sowie intersubjektiv überprüfbar. Die Behauptungen werden erhärtet oder widerlegt. Das gilt nicht für politische Entscheidungen, denn die staatlichen Entscheidungsstellen müssen stets abwägen zwischen konkurrierenden Belangen.

Politische Entscheidungen sind macht- und mehrheitsbasiert zu treffen. Die politische Rationalität von Entschieden, wiedergewählt zu werden, hat mit der wissenschaftlichen Rationalität nichts gemein. Politik versteckt sich gerne in Zeiten von dominantem Nichtwissen hinter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Doch eine Expertenregierung wäre eine funktionale Entpolitisierung der Demokratie, die Politik wäre vom Parteienwettbewerb entkoppelt. Politische Akteure sind in

AUTOR



Karl-Rudolf Korte ist Professor und Direktor der NRW School of Governance am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen.

ihrem täglichen Handeln und Entscheiden auf kompetente Beratung angewiesen. Wissenschaftliche Politikberatung soll so zur Rationalität von politischen Entscheidungen beitragen. Eine solche Prozessbegleitung kann gelingen, wenn die Politik Angebote der angewandten Politikforschung systematisch nutzt. Deren Beitrag kann sich auch dadurch zeigen, dass sich das Rationalitätsniveau der öffentlichen Debatte hebt.

Wandel der Beraterszene

Das Spektrum der Anbieter und Formate von Politikberatung hat sich mit dem wachsenden Beratungsbedarf vervielfältigt. International zu beobachten ist eine Gewichtsverlagerung von der internen, bürokratischen zur externen, nicht-bürokratischen Politikberatung der Exekutiven. Gleichzeitig hat eine Professionalisierung der Beraterszene eingesetzt, im Zuge derer die klassischen, institutionalisierten Formen wissenschaftlicher Politikberatung, aber auch die informellen, vertraulichen „Küchenkabinette“ immer häufiger von ad hoc beauftragter, kommerzieller Po-

litikberatung durch z.B. Public Affairs-Agenturen oder Anwaltskanzleien ergänzt werden.

Das Aufgabenspektrum der Politikberatung erstreckt sich von der Problemdiagnose und Frühwarnfunktion über die Erhebung und Auswertung von Daten, das Monitoring in bestimmten Politiksektoren, die Meinungsbildung im Vorfeld von Entscheidungen und die Formulierung von Entscheidungsalternativen bis hin zur Durchführung operativer Routineaufgaben einschließlich der Evaluation von Projekten. Darüber hinaus hat sich die Forschung mit der Frage auseinandergesetzt, wie sich das institutionelle Design auf die Qualität wissenschaftlicher Politikberatung auswirkt. Zu den zentralen Bedingungen wird deren Unabhängigkeit gerechnet, um die Ergebnisoffenheit wissenschaftlicher Forschung und daraus resultierender Empfehlungen nicht zu gefährden. Wie aber versteht man die Logik der Politik, ohne sich ihr auszuliefern?

Schon der unterschiedliche Zeithorizont von Wissenschaft und Politik

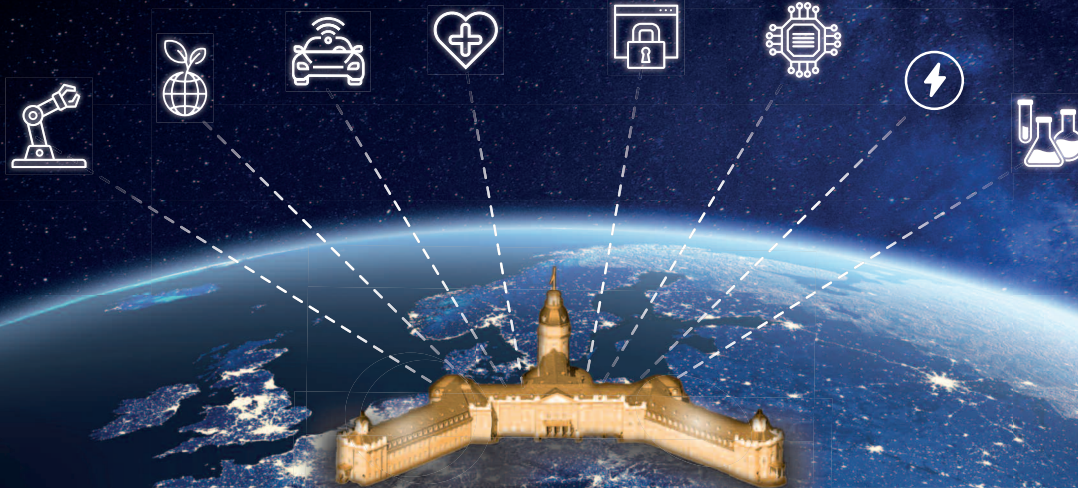
führt zu Verständigungsproblemen: Während erstere je nach Gegenstand in mittel- bis langfristigen Forschungsprozessen denkt und arbeitet, agiert letztere oftmals tagespolitisch und ist an kurzfristigen, zumindest aber in Legislaturperioden zu implementierenden Problemlösungen interessiert. Hinzu kommen Verständnisbarrieren, die aus einer hoch spezialisierten Fachterminologie und den primär an Fachdiskursen orientierten Vermittlungsformen der Wissenschaft erwachsen. „Berührungsgänge“ der Wissenschaft mit der politischen Praxis und „Beratungsresistenz“ der an brauchbaren Empfehlungen interessierten politischen Akteure drohen sich daher wechselseitig zu bestärken. So ist die Politikfähigkeit der Berater ebenso häufig begrenzt wie die Beratungsfähigkeit der Politik. Unabhängig davon muss die Wissenschaft auch mit Expertise offensiv den Weg in die Öffentlichkeit nutzen. Das schließt keineswegs aus, auch geschützte Orte und Räume der kritischen Reflexion auszubauen, um neue, abweichende Ideen experimentell zu testen.

Anzeige

WISSENSCHAFTSFESTIVAL KARLSRUHE
EFFEKTE

Wissenschaftskosmos Karlsruhe
17. bis 25. Juni
In der ganzen Stadt und
auf dem Schlossplatz

www.effekte-karlsruhe.de



© Stadt Karlsruhe | Konzeption: Strecker | Key Visual: Gebicki | Bilder: Key Visual, Garsten Steger (https://bit.ly/3K85rcn), NicoEInno (Stockphoto)

Stadt Karlsruhe
Wissenschaftsbüro

